

Bericht und Abänderungsantrag

des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Gerhard Hutter auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 711) betreffend "Finanzierung des Masterstudiengangs "Soziale Arbeit und Beratung" an der FH Burgenland mit Standort in Eisenstadt ab dem Studienjahr 2017/2018" (Zahl 21 - 494) (Beilage 797).

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Gerhard Hutter auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend "Finanzierung des Masterstudiengangs "Soziale Arbeit und Beratung" an der FH Burgenland mit Standort in Eisenstadt ab dem Studienjahr 2017/2018", in ihrer 17. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 22. Feber 2017 beraten.

Landtagsabgeordneter Molnár wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach seinem Bericht stellte Landtagsabgeordneter Molnár einen Abänderungsantrag und verlas die Beschlussformel.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der vom Landtagsabgeordneten Molnár gestellte Abänderungsantrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Gerhard Hutter auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend "Finanzierung des Masterstudiengangs "Soziale Arbeit und Beratung" an der FH Burgenland mit Standort in Eisenstadt ab dem Studienjahr 2017/2018", unter Einbezug der vom Landtagsabgeordneten Molnár beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Eisenstadt, am 22. Feber 2017

Der Berichterstatter:

Molnár eh.

Der Obmann des Rechtsausschusses
als Vorsitzender der gemeinsamen Sitzung:
Dr. Rezar eh.

*Herrn
Präsidenten des Bgld. Landtages
Christian Illedits
Landhaus
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt am 22. Februar 2017

Abänderungsantrag

**der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár,
Kolleginnen und Kollegen zum selbständigen Antrag 21 - 494, welcher
abgeändert wird wie folgt:**

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

des Burgenländischen Landtages vom betreffend die Einrichtung eines Masterstudienganges "Soziale Arbeit und Beratung im Social Profit Sector" an der FH Burgenland

Der burgenländische Landtag hat sich mit der ausständigen Genehmigung des Masterstudienganges "Soziale Arbeit und Beratung im Social Profit Sector" bereits unter Zahl 21 – 435 und Zahl 21 – 439 auseinandergesetzt.

Nach Ansicht des BMWFW ist die Einrichtung eines Masterstudienganges im Burgenland *„ein zusätzliches Angebot (und) somit bildungspolitisch nicht nachhaltig“*, weiters bliebe es dem Land *„selbstverständlich unbenommen, andere Finanzierungsquellen heranzuziehen“*.

Hierzu hält der Burgenländische Landtag fest:

1. In vielen Gesellschaftsbereichen steigt die Nachfrage nach akademisch qualifizierten Sozialarbeitern stark, gerade im Burgenland. Es liegt hierzu eine Bedarfs- und Akzeptanzanalyse zum Akkreditierungsantrag für den FH-Masterstudiengang „Soziale Arbeit und Beratung im Social Profit Sector“ vor. Sowohl die Analyse des Arbeitsmarkts (Entwicklung der Beschäftigung, Arbeitslosigkeit sowie Prognosen) wie auch die durchgeführte Bedarfs- und Akzeptanzanalyse zeigen für den an der Fachhochschule geplanten Masterstudiengang „Soziale Arbeit und Beratung“ ein überwiegend positives Gesamtbild.
2. Es liegt für die Fachhochschulen grundsätzlich eine Finanzierungsverantwortung des Bundes vor. Diese soll nicht an das Land Burgenland abgewälzt werden. Das Land Burgenland leistet durch Infrastruktur und Personal einen maßgeblichen Anteil zur Bestreitung der Kosten des laufenden Betriebes, finanziert bereits Studiengänge im Gesundheitsbereich und fördert Forschungsprojekte an der Hochschule. Falls das BMWFW die Bereitstellung zusätzlicher Mittel verweigert, könnte die Finanzierung auch kostenneutral aus internen Umschichtungen von der FH Burgenland zugewiesenen Bundesmitteln durch das BMWFW abgedeckt werden.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an den zuständigen Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft heranzutreten, dieser solle den Masterstudiengang "Soziale Arbeit und Beratung im Social Profit Sector" an der FH Burgenland mit Standort in Eisenstadt umgehend genehmigen und die Finanzierung ermöglichen.